

Der treue, schweigende Diener seines Herrn.

In den nächsten Tagen wird die Regierung eine neuerliche Verordnung über die Gewährung von Steuerzulagen an Staatsangestellte erlassen. Es ist die fünfte Verordnung, die das Einkommen der Staatsbediensteten mit den außerordentlichen Verhältnissen des Krieges halbwegs in Einklang zu bringen sucht. Die Organisationen der staatlichen Angestellten haben kürzlich gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister das Ansuchen vorgebracht, in der bevorstehenden neuen Verordnung keineswegs nur die Fortdauer der bestehenden Steuerzulagen festzulegen, sondern vielmehr eine zeitgemäße Erhöhung der Steuerzulagen zu verfügen. Der Finanzminister enthielt sich bindender Erklärungen und verwies im übrigen darauf, daß die „enorm gesteigerten Mehrauslagen durch neue Steuern gedeckt werden müßten“. Es ist begreiflich, daß die staatliche Finanzverwaltung das beständige Anwachsen der Auslagen unterstreicht und die Bedeckungsfrage stellt. Damit ist aber das Problem nicht gelöst. Es muß immer wieder betont werden, daß unsere Staatsfinanzen zwar durch den Krieg in Unordnung geraten sind, aber außerdem auch an den Folgewirkungen planloser Gehabung krankten. Es genügt nicht, notwendige Ausgaben durch willkürliche, gelegentliche Heranziehung von Einnahmequellen zu decken; es fehlt der Staatsverwaltung ein durchdachter Finanzplan, der die notwendigen

Ausgaben — und zu diesen gehört gewiß auch eine hinreichende Entlohnung der Beamten — vorsieht, jedoch alle vermeidbaren streicht und die Hebung der wirtschaftlichen Produktion in Rechnung stellt.

Das Kapital der vermeidbaren Ausgaben steht in innigem Zusammenhange mit dem alten Jammer unserer inneren Verwaltung. Die meisten Regierungen haben sich darin erschöpft, den verschiedenlichen nationalen Parteien durch Geschenke aus öffentlichen Mitteln zu Gefallen zu sein. Die Sorge um die Staatsfinanzen stand in zweiter Linie. Wenn ein Kabinett in Not war, wurden auch kleineren Parteien Präsente bargereicht: hier eine überflüssige Mittelschule, dort ein Amt für das keine sachliche Notwendigkeit bestand. Zuletzt wurde sogar eine neue Zentralstelle erfunden, um dem Anwalt einer politischen Partei Obdach zu bieten und die halbparlamentarische Zusammensetzung einer Regierung vorzutauschen. Die Summe der von den kurzlebigen Ministerien im Laufe der Jahrzehnte gegebenen Subventionen geht in die ungezählten Millionen. Außer derartigen parlamentarischen Notstandsausgaben, die der Staatsverwaltung sozusagen von außen abgenötigt werden, ist die Verwaltung noch mit einer Unsumme unökonomischer Ausgaben besetzt. Man denke unter anderem an unser veraltetes administratives Rechnungswesen, an die gleichfalls überlebten Buchungsmethoden, die eine Vielfältigkeit der Arbeit und ein Heer von Arbeitskräften erfordern. Allen diesen Tatsachen hätte eine moderne Staatsverwaltung ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Ihre Lösung müßte sein: viel weniger, aber weit besser gestellte Beamte!

Die Steuerzulagen sind notwendige Ausgaben, sie müssen erhöht werden, weil sie mit der Teuerung auch nicht im entferntesten gleichen Schritt halten. Allein mit Gelegenheitsmaßnahmen darf es nicht sein Bewenden haben. Der Staat müßte viel umfassendere Aktionen zur Erhaltung einer leistungsfähigen Beamtenschaft erwägen, als dies bisher geschehen. Wir meinen in erster Linie die Einführung des naturalwirtschaftlichen Gedankens in das staatliche Entlohnungssystem, die teilweise Rückkehr zum Naturallohn. Es müßte eine Organisation geschaffen werden, die der Beamtenschaft die notwendigsten Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens vermittelt. Des weiteren wäre die genossenschaftliche Reform des Wohnungswesens hinsichtlich zu fördern, zumal, da nach dem Kriege mit dem allmählichen Abbau des Mieterschutzes die Gefahr besteht, daß alle Zuwendungen an die Beamtenschaft durch eine Erhöhung der Miet-

— eine zwecklose Wrenigepoli
obfert: die Verluste der Schwarzaren